

Antrag BfM/Tierschutzpartei und
CDU-Ratsfraktion

öffentlich

Datum

26.01.2006

Nummer

A0023/06

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

09.02.2006

Kurztitel

Prävention gegen Kindsmisshandlung

Der Stadtrat möge beschliessen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, in wie fern eine Erstvorstellung von Neugeborenen beim Amtsarzt/ niedergelassenen Arzt/ oder bei benannten sachkundigen Personen (z. B. Hebammen) auf kommunaler Ebene zur Pflicht gemacht.

Begründung:

In jüngster Vergangenheit sind immer wieder Meldungen über Fehlentwicklungen, Missbräuche und Misshandlungen von Kleinkindern zu hören. UNICEF verlautbart, dass in Deutschland jeden Tag zwei Kinder an den Folgen von Misshandlungen und Vernachlässigung sterben. Diesen Angaben zufolge leben in Deutschland ca. 200 000 Kinder in verwahrlostem Zustand, ca. 6% Kinder leben in Risikofamilien.

Der vorliegende Prüfauftrag zielt darauf ab, festzustellen, ob eine derartige Prävention mit den geltenden Rechtsformen zu vereinbaren ist und in welcher geeigneten Weise dem Problem in Magdeburg begegnet werden kann.

In Düsseldorf (NRW) wurde ein Netzwerk als Präventivmassnahme eingerichtet, in welchem sowohl Mediziner, als auch Sozialarbeiter und Krankenschwestern zusammenarbeiten. Bei der Stadt wurde dazu eine Clearingstelle installiert, in der die Aktivitäten des Netzwerkes zusammenlaufen.

Dr. Klaus Kutschmann
Fraktionsvorsitzender

Reinhard Stem
Fraktionsvorsitzender